Bundesrat Drucksache **120/02**

07.02.02

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Gesetz zur Einführung des diagnose-orientierten Fallpauschalensystems für Krankenhäuser (Fallpauschalengesetz - FPG)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 6. Februar 2002

An den
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages
und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 14. Dezember 2001 verabschiedeten

Gesetz zur Einführung des diagnose-orientierten Fallpauschalensystems für Krankenhäuser (Fallpauschalengesetz – FPG)

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 6. Februar 2002 zugeleitet.

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 3/02 (Beschluss)

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946